

Martin Sabrow

Das vierte Projekt<sup>1</sup> des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam zielt auf die Herrschaft der SED in den Köpfen der Menschen am Beispiel eines Kernbereichs von Selbstverständnis und Legitimation der DDR. Es will den in der DDR betriebenen Umgang mit Geschichte in Wissenschaft, Kultur und Medien auf den verschiedenen Ebenen der Entstehung und Vermittlung historischer Deutungsmuster untersuchen. Gefragt wird nach Charakter, Funktion und Eigendynamik der von der SED geleiteten, aber nicht völlig beherrschten Aneignung der Vergangenheit in der DDR, um zeigen zu können, mit welchen Mechanismen versucht wurde, historische Legitimität in der sozialistischen Diktatur zu erzeugen und zur Verwandlung von äußerer Loyalität in innere Überzeugtheit einzusetzen.

Das diktatorische Herrschaftssystem der SED beruhte offensichtlich nicht nur auf Gewalt und Unterdrückung, sondern in einem zeitlich stark zu differenzierenden Maße auch auf identitätsstiftenden Konventionen und Realitäten. Hierfür war „Geschichte“ als gegenwartsbezogene Rekonstruktion von Vergangenheit von zentraler ideologischer Bedeutung und unterlag in besonderem Maße staatlich-partei-offizieller Instrumentalisierung, ohne daß sich aber Entstehung, Wandel und Akzeptanz ihrer Leitbilder und Deutungsparadigmata aus politischem Oktroi allein erklären ließen. Historisches Denken in der DDR reduzierte sich weder allein auf eine planmäßige und bewußte Verzerrung der Realität – wie das normativ-anklagende Deutungsmuster behauptet –, noch läßt es sich im Nachhinein als ein trotz aller politischen Bedrängnis in der Substanz unverändert gebliebenes Segment internationaler Geschichtskultur und -wissenschaft beschreiben, wie es pragmatische und apologetische Interpretationen versuchen. Beide Sichtweisen gehen an dem paradoxen Umstand vorbei, daß historische Faktizität und Wahrheit in den Grenzen der DDR-Geschichtswissenschaft und ihres Parteilichkeitsdogmas nicht dasselbe wie außerhalb des sozialistischen Lagers bedeuteten und dennoch gleichzeitig Er-

---

<sup>1</sup> Es wurde von einer Arbeitsgruppe entworfen, der Simone Barck, Mario Keßler, Siegfried Lokatis, Jörg Requate, Peter Th. Walther und der Autor angehörten.

gebnis seriös betriebener wissenschaftlicher Forschung und authentischer literarischer Reflexion sein konnten. Der spezifische Charakter der Historiographie in der DDR tritt erst dann hervor, wenn gezeigt werden kann, nach welchen Regeln historisches Denken in der DDR funktionierte und wie es sich gegen konkurrierende Entwürfe von außen abzugrenzen vermochte, wie es seine Deutungsmacht langfristig durchzusetzen verstand und welche Bindungskraft das "sozialistische Geschichtsbild" in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte tatsächlich entfaltete, welche Formen des Ausweichens, Unterlaufens und Widerstehens es zulassen mußte oder abwehren konnte. Zu diesem Zweck soll innerhalb der einzelnen Teilprojekte an ausgewählten Beispielen untersucht werden, wie historische Leitbilder und Traditionen, Urteilsnormen und Denkverbote produziert, kontrolliert, vermittelt und rezipiert wurden. Die Projektmitarbeiter versuchen auf diesem Wege wesentliche Konstruktionsmechanismen des "sozialistischen Geschichtsbildes" zu erhellen, die zu einer Teilantwort auf die Frage nach dem "Funktionieren" der sozialistischen Diktatur führen können.

#### *Der Forschungsstand nach dem Perspektivenwandel von 1989*

Die Anstrengungen der SED-Diktatur, Deutungsmacht über die Vergangenheit zu erlangen, und die Grenzen, auf die sie hierbei stieß, bilden keinen neuen Gegenstand wissenschaftlicher Erforschung. Zeit ihrer Existenz war außerhalb der DDR das Bemühen um ein kohärentes Geschichtsbild in legitimatorischer Absicht ein über den engeren Bereich der Fachwissenschaft hinausreichender Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung und ist es nach dem Untergang des zweiten deutschen Staates in wieder zunehmender Schärfe geblieben. Der normativ argumentierenden Anklage, daß die Historiographie in der DDR Opfer äußeren Zwanges und inneren Verrats an den Prinzipien wissenschaftlicher Wahrheit und literarischer Authentizität geworden sei, stehen die pragmatische Abwägung von Leistung und Versagen und die apologetische Verteidigung der ostdeutschen Historiographie als eines zu Unrecht abgewickelten "Normalfalles" geschichtlichen Denkens gegenüber. Bis 1989 konnte der Umgang mit Geschichte, Geschichtsbildern und Traditionen der DDR im Westen quellenbedingt nahezu ausschließlich auf der Grundlage publizierten Materials erforscht werden, während in der DDR selbst schon die systembedingten Legitimationsraster jegliche Aussicht auf unabhängige Sondierungen verstellte. Die Öffnung der einschlägigen Archive erlaubt nun, hinter den Produkten auch den Produktionsprozeß des historischen Denkens und

Bewußtseins in der DDR zu erhellen. Jetzt sind mehr als punktuelle Einblicke in die Hintergründe und Verfahrensweisen bei der literarisch-künstlerischen und wissenschaftlichen Aneignung der Vergangenheit in der DDR möglich, kann der Weg von wissenschaftlichen Beiträgen, Radiofeatures oder literarischen Adaptionen zu historischen Gegenständen von der ersten Idee bis zur Veröffentlichung rekonstruiert werden.

#### *Die Frage nach der historischen Legitimität*

Wie sich als Ergebnis der bisherigen Forschung nach 1989 bereits herauskristallisiert hat, erfaßte der SED-Anspruch auf eine „durchstaatlichte Gesellschaft“ auch in kulturell-wissenschaftlicher Ebene nie die ganze DDR-Realität und wirkte sich nie nur einseitig von 'oben nach unten' aus. Vielmehr handelte es sich um einen vielschichtigen Prozeß, der mit Begrifflichkeiten wie „ideologische Verzerrung“ und „politische Instrumentalisierung“ der Geschichte nur partiell beschrieben werden kann. Analytische Kategorien, die ihren anderen – „westlichen“ – Verständniskontext von Geschichte methodisch nicht reflektieren, verfehlen nicht nur weitgehend das – damalige – Selbstverständnis der Beteiligten. Sie können ihr Handeln daher auch nur begrenzt nachvollziehbar machen, sondern vermögen auch die über Jahrzehnte stabilen und bis in die Agonie des Regimes ungebrochen fortdauernde Existenz einer – ungeachtet aller inneren Differenzierung – herrschaftsloyalen Sicht auf die Vergangenheit nur unbefriedigend zu erklären. Ebensowenig aussichtsreich scheint es, „die erstaunlich große Zahl nicht nur erpreßter, sondern auch überzeugter Kollaborateure“ (Meuschel 1993) vor allem auf die "freiwillige Blindheit" (Susanne Miller) ihrer Autoren, das vorwiegend moralisch zu fassende Versagen der Akteure oder – in Anknüpfung an Hannah Arendt – auf die terroristische Gewalt des totalitären Regimes zurückzuführen. In Anlehnung an Max Webers Unterscheidung zwischen bloßer Macht und legitimer Herrschaft geht es um ein genaueres Verständnis der Mechanismen, mit denen die zweite deutsche Diktatur versuchte, sich die historische Legitimation zu verschaffen, die sie, anders als die erste deutsche Diktatur, bei ihrer Entstehung nicht besaß – und der Grenzen, an die dieses Bemühen stieß. Die Steuerung dessen, was über Geschichte gedacht und geschrieben wurde, wie mit der historischen Vergangenheit im allgemeinen und bestimmten Traditionen im besonderen umgegangen und wie historische Argumente im politischen Selbstverständnis der SED verwendet wurden, war für die DDR zentral, weil hier die Legitimationsgrundlage eines diktatorisch verfaßten Staates im Kern berührt war.

## Der Diskursbegriff

Um diesen Prozeß in seinen Facetten und Verästelungen zu erfassen, bietet sich der Begriff des Diskurses an. Denn auch in der DDR war die Verständigung über die Vergangenheit ein sprachlich und medial vermittelter Prozeß. Auseinandersetzungen um das „sozialistische Geschichtsbild“ unter den Historikern der DDR ebenso wie Anweisungen des Kulturministeriums an die Verlage oder publizistische Auseinandersetzungen in den Literaturzeitschriften der DDR bedurften auch dann einer sprachlichen Ausdrucksform und mußten diskursiven Regeln folgen, wenn sich hinter ihnen machtpolitische Entscheidungen, wirtschaftliche Zwänge oder institutionelle Bedingungen verbargen. Der Diskursbegriff erlaubt, die sich überschneidenden wissenschafts-, kultur- und diktaturgeschichtlichen Perspektiven zu bündeln, indem er auf die sprachliche Vermittlung zwischen der – politisch gestalteten – Wirklichkeit und den in ihr lebenden Menschen verweist. Er öffnet den Blick für die Frage, ob und inwieweit die in der DDR normierte Aneignung der Vergangenheit als ein „Diskursgefängnis“ beschrieben werden kann, aus dem innerhalb der DDR zumindest zeitweise weder Handelnde noch Leidende, weder Opfer noch Täter, dauerhaft entkommen konnten.

Im Unterschied zu der von Jürgen Habermas eingeführten Bedeutung des Diskurses im Sinne eines normativen Ideals rationaler Konsensbildung meint der Begriff des historischen Diskurses im Verständnis des hier vorgestellten Arbeitsvorhabens wertneutral das Ensemble sprachlich vermittelter Aneignungen von Vergangenheit und besitzt verschiedene, voneinander abgegrenzte Bedeutungsebenen: Er hat eine *inhaltliche* Dimension, umfaßt also zunächst die in der „Doktringesellschaft“ DDR in ihren einzelnen Entwicklungsphasen präferierten bzw. unterdrückten Stoffe und Fabeln, Arbeitsgebiete und Fragestellungen, Interpretationsschemata und Leitbilder historischen Denkens, aber auch die ihnen gemeinsame theoretische und weltanschauliche Grundlage des Marxismus-Leninismus und natürlich die vom politischen Kontrollapparat verantworteten Deutungsvorgaben und Handlungsanweisungen. Auf einer *institutionellen* Ebene bezieht der historische Diskurs sich auf die spezifischen Formen der historiographischen Verständigung, die Instanzen der Produktion, „Begutachtung“ und Verbreitung historischen Wissens, auf die habituellen oder dekretierten Verfahren des Erkenntnisgewinns auf die Arenen des wissenschaftlichen Austauschs und die Foren der literarischen Diskussion, aber auch auf die Formen der politischen Steuerung – vom Politbürobeschuß zu historischen Fragen bis hinunter zur Anweisung eines Parteisekretärs –

und genauso die Kanäle ihrer Unterminierung. Auf einer dritten, *strukturellen* Ebene richtet sich der Diskursbegriff auf die Tiefenschichten historischer Repräsentation, auf die den Akteuren in der Regel gar nicht bewußten Organisationskriterien, Wahrnehmungsraster und Sichtweisen, die das DDR-spezifische Bild von Geschichte prägten. Er umschließt die privilegierten Argumentationsmuster, sprachlichen Ausdrucksformen und rhetorischen Praktiken, in denen sich der Umgang mit der Vergangenheit in der sozialistischen Diktatur vollzog; er erlaubt die Frage nach der Existenz und der inneren Ordnung eines gleichsam „autopoetischen“ Diskurses, der bis zu einem zu untersuchenden Grad Herrscher und Beherrschte gleichermaßen band (und verband).

Der Begriff „Herrschaftsdiskurs“ zielt auf die mit verbindlichen Denkmustern, Deutungskonzepten und Ausgrenzungen besetzten Verständigungsebenen über die Vergangenheit in der DDR, die vor allem von den ideologischen Normen und politischen Ansprüchen der sozialistischen Diktatur bestimmt war. Er versucht die Struktureigentümlichkeiten eines historischen Verständigungsprozesses zu fassen, der ideologische und ästhetische Ansprüche, individuelle und allgemeine Interessen, objektive Erkenntnis und politischen Nutzen miteinander harmonisch zu versöhnen vorgab. In ihm waren neben weltanschaulichen Grundpositionen auch spezifische Denkraster und Wahrnehmungsgewohnheiten kanonisiert und zu einem sich als geschlossen verstehenden Wahrheitskonstrukt miteinander verbunden, das den gedanklichen Handlungsrahmen der Akteure und die „Spielregeln“ ihres Diskurses festlegte. Erst innerhalb dieses Diskurses, so lautet die dem Projekt zugrundeliegende These, konnten die legitimatorischen Topoi des DDR-offiziellen Selbstverständnisses ihre Überzeugungskraft entfalten, gegenläufige Wahrnehmungsraster ausgeblendet, „widerständige“ Argumentationsmuster „mundtot“ gemacht und als Anschauungswelt des „Gegners“ ausgegrenzt werden, so daß die Akteure dieses Diskurses gegen jede von außerhalb kommende Kritik, etwa an der Tabuisierung historischer Fragen und der schon empirischen Fragwürdigkeit geschichtlicher Traditionsbildung, von vornherein immunisiert waren. „Herrschaftsdiskurs“ bezeichnet die zu untersuchende Sphäre der historischen „Lebenswelten“ in der DDR, in der sich gemäß Untersuchungshypothese Loyalität am leichtesten in Legimitätsglauben überführen ließ. Ist hier das **eigentliche** Fundament jener eigentümlichen Überzeugtheit einer **politischen** Massengefolschaft der Diktatur zu vermuten, die nach **Hannah Arendt** an die Existenz totalitärer Herrschaft gebunden ist und – **anders als individuelle** weltanschaulichen Bindungen – sich mit ihr auch im **Rückblick** ihrer Träger so vollständig aufzulösen scheint, als habe sie nie existiert?

Der historische Diskurs in der DDR war ungeachtet aller Vielschichtigkeiten und Veränderungen immer *ideologischer* Diskurs, weil die marxistisch-leninistischen Dogmen und Einengungen seine dominanten Züge wurden und blieben. Er war zugleich auch immer ideologischer *Diskurs*, weil in ihn trotz aller doktrinäer Vorgaben der SED international geltende Standards von Darstellung und Argumentation einfließen. Diese erforderten tagtägliche Kompromisse auf allen Ebenen des Herrschaftsdiskurses, die sowohl die Personalrekrutierung wie die Faktenwahl, die Fachtraditionen wie die Arbeitsmethoden betrafen. Auch wenn in der DDR-Geschichtswissenschaft von Schulbildung vielleicht nicht gesprochen werden kann, so ist doch zu untersuchen, inwieweit auf dem Feld des historischen Denkens identifizierbare "Diskursgemeinschaften" entstanden, die ihre Existenz abgegrenzten Milieus (wie etwa der Akademie der Wissenschaften) oder generationsbezogenen Verständigungs-Codes (Giesen 1993) verdanken.

Im Bereich publizistisch-literarischer Diskurse sollen Antifaschismus und Stalinismus als prägend für 40 Jahre DDR-Realität untersucht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei kontinuierliche wie wechselnde Argumentationsmuster in ihrer historischen Dimension und politischen Abhängigkeit, die sprachlichen und ästhetischen Mittel und Formen der literarischen Verständigung und ihre Leerstellen und Tabuisierungen. In der diktatorisch geprägten und vielfach entdifferenzierten DDR-Gesellschaft, die über ausgebildete gesellschaftliche Teil-Autonomien von Wissenschaft und Kultur nicht verfügte, standen literarisch-publizistische Diskurse stellvertretend für fehlende politische Artikulationsmöglichkeiten vor der Aufgabe, gesellschaftliche Probleme zur Sprache zu bringen und über die Diskussion literarischer Texte (politisch ungewollte) Kommunikation zu initiieren. Der in diesem Zusammenhang gebräuchliche Topos der „Ersatz-Öffentlichkeit“ bedarf weiterer Klärung.

Die Untersuchung historischer Diskurse muß zudem verschiedene Handlungsebenen der Verständigung über die Vergangenheit einbeziehen: In der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED wurde Geschichte anders rezipiert und organisiert als in einem Autorenkollektiv von Historikern; in der Diskussion um einen Roman oder ein Drehbuch wurde anders argumentiert als in einer Zensurbehörde. Das Gesamtprojekt zielt darauf, durch exemplarische Untersuchungen auf den verschiedenen Handlungsebenen der Rekonstruktion von Vergangenheit Gemeinsamkeiten und Unterschiede historischer Diskurse in ihrer Bedeutung für Entstehung und Wirkung des „sozialistischen Geschichtsbildes“ zu beschreiben.

Eine Schlüsselrolle kommt den Leit- und Feindbildern zu, in denen das „sozialistische Geschichtsbild“ etabliert wurde und sich in vierzig Jahren teils bewahrte, teils veränderte. In den Debatten um „Antifaschismus“, „Miserekonzeption“, „nationale Grundkonzeption“, „Nationalgeschichte“ und „Nationalliteratur“, „Erbe und Tradition“, deren Veränderungen und Reibungsflächen in ihren wechselhaften und systembedingten Verschränkungen nachzuzeichnen sind, läßt sich das Selbstverständnis der politischen und ökonomischen Steuerungsinstanzen ermitteln und von den arbeitsteiligen und demzufolge unterschiedlichen Diskursstrategien in Wissenschaft, Kultur und Medien im Umgang mit Tabus, Oktrois und Zensur abheben.

Ein besonderes Interesse des Projektes gilt den selbstproduzierten Widersprüchen und den "Rändern" des Herrschaftsdiskurses. An ihnen mußten seine Integrations- und Ausgrenzungspotenzen sich in besonderem Maße bewähren und werden dadurch faßbar. Zwar führen weder die zeitgenössische DDR-Forschung noch die späteren Erinnerungen von Beteiligten oder die mittlerweile gesichteten Archivbestände zu dem Schluß, daß die oktroyierte SED-Sicht auf die Vergangenheit nach ihrer formellen Durchsetzung Protest oder gar Widerstand in nennenswertem Umfang hervorgerufen habe. Eine Rekonstruktion des Geschichtsdiskurses in der DDR aber, die nicht die Widerstände gegen den verordneten Diskurs, sondern die Konflikte ihn ihm in das Zentrum der Analyse rückt, stößt – so eine zentrale These des Projektes – notwendigerweise darauf, daß die Geschichte des historischen Denkens in der DDR nicht zuletzt eine Konfliktgeschichte ist. Von der Themenwahl bis zur schließlichen Freigabe waren historische Produktionen, ob im Film, in der Literatur oder in der Geschichtswissenschaft, von Auseinandersetzungen um "die richtige Auffassung" geprägt, die nach den Spielregeln des Herrschaftsdiskurses ausgetragen wurden und so nicht nur regelmäßig die Parteilinie befestigten, sondern gleichzeitig begrenzte Illusionen einer argumentativen Offenheit stärkten.

Wenn sich die auf dem so abgesteckten Terrain gewonnenen Ergebnisse verallgemeinern lassen, könnten sie dazu beizutragen, die Debatte über den DDR-Umgang mit der Geschichte in Bahnen zu lenken, in denen die DDR weder von ihrem Anfang her und als gescheitertes Experiment noch von ihrem Ende her als bloße "Verfallsgeschichte" gedacht wird, sondern die das „Paradox von Stabilität und Revolution“ (Meuschel 1992) des zweiten deutschen Staates aus dem Charakter ihrer Legitimitätsbildung und Legitimitätsauflösung aufzuklären sucht.

### **Martin Sabrow: Historische Forschung und Herrschaftsdiskurs**

Gestützt auf institutsübergreifende, aber vorwiegend am Institut/Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften (IfG/ZIG) angesiedelte Forschungsvorhaben, thematisiert das Teilprojekt die Ausbildung, Umformung und Erosion des historiographischen Fachdiskurses in der DDR im zeitlichen Wandel von 1949 bis 1989. Gefragt wird nach Grundauffassungen, privilegierten Argumentationsfiguren, Darstellungsformen und rhetorischen Praktiken der Selbstverständigung in einer durch den Steuerungsanspruch der Parteiadministration, sowjetische Einflußnahme und westliche „Gegenwissenschaft“ einerseits, durch Fachtradition und eigene Erkenntnisleistung andererseits geprägten Geschichtswissenschaft.

Die Untersuchung soll an exemplarischen Fallstudien zunächst über die Arbeit am „Hochschullehrbuch für deutsche Geschichte“, dem „Abriß der Geschichte der volksdemokratischen Länder“ und der „Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg“ die Frage erhellen helfen, wie und in welchem Maße sich die Wissenschaft von der Geschichte in der DDR ungeachtet der „Vetokraft der Quellen“ und der methodisch geregelten Prozeduren ihrer Deutung als eine „eigene sozialistische Spezialdisziplin“ im Dienst des SED-Regimes entwickeln konnte und welche Rolle die Historikerschaft der DDR in diesem Prozeß spielte.

### **Siegfried Lokatis: Diskurssteuerung durch Zensur**

Die auf Verkoppelung von historiographischer und belletristischer Sphäre zielende Untersuchung analysiert Arbeitsweise, Kriterien und Verfahren der mit der Zensur und Verbreitung historischer Texte befaßten Instanzen. Um die wissenschaftliche, populärwissenschaftliche und belletristische Buchproduktion gleichermaßen untersuchen zu können, dienen die beiden zentralen Zensurabteilungen für „Gesellschaftswissenschaften“ und „Schöne Literatur“ im Ministerium für Kultur als Ausgangspunkt. Von diesen Drehscheiben der Diskurssteuerung und -kontrolle aus lassen sich Vorgaben und Eingriffe des ZK der SED, die Rolle der auf historische Themen spezialisierten Verlage, die gemeinsam eine „Literaturarbeitsgemeinschaft Geschichte“ bildeten, und das komplizierte, letztlich auf die Parteihochschule gestützte, „Begutachtungssystem“ systematisch erforschen.

### **Simone Barck: Geschichtsdiskurse in Publizistik und Literatur**

Ausgehend von der besonderen Rolle literarisch-publizistischer „Öffentlichkeiten“ in diktatorischen Gesellschaften wie dem Bemühen der DDR, fehlende politische Öffentlichkeit durch Arten von „Ersatzöffentlichkeiten“ zu kompensieren, werden Geschichte und historische Traditionen in literarisch-publizistischen Diskursen als zentrale legitimations- und identifikationsstiftende Segmente öffentlichen kollektiven Gedächtnisses und individuellen Bewußtseins und in ihren subjektiven Wahrnehmungsweisen untersucht.

Im Zentrum der Analyse stehen paradigmatisch unterscheidbare und historisch unterschiedliche Phasen literarisch-publizistischer Diskurse um Geschichte:

- Antifaschismus- und Stalinismus-Diskurs,
- Diskurse um Nationalkultur/Nationalliteratur,
- Sozialismus-Diskurs (als Teil davon: Utopie-Diskurs) anhand von
- DDR-Selbstdarstellungskonzepten wie „Literaturgesellschaft“ (1956 – ca.1965) und
- „Lese-Land“ (1965 -1989)
- Emanzipations-Diskurs und „gebremster“ Feminismus-Diskurs seit Anfang der siebziger Jahre.

### **Peter Walther: Mit der preußischen Tradition zur sozialistischen Nationalakademie der DDR: Diskursgemeinschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (1945-1972)**

In diesem Teilprojekt soll der Wissenschafts- und Herrschaftsdiskurs an einer Institution untersucht werden, die sich allmählich von einer bürgerlich-konservativen Gelehrtenengesellschaft zu einer „sozialistischen Forschungsakademie“ wandelte und gewandelt wurde. Zwischen dem tradierten Eigenleben und wissenschaftsorganisatorischen Vorstellungen der Akademie und den politischen und wissenschaftspolitischen Intentionen von Partei und Staat bildeten sich Diskursfelder heraus, die für die Entwicklung des historischen Denkens im Wissenschaftsbereich der DDR und das Selbstverständnis der Akademie eine einflußreiche Rolle spielten.

In der ersten Arbeitsphase sollen die gesellschaftswissenschaftlichen Klassen bis zur „Großen Akademieform“ 1969/72 untersucht werden.

**Mario Keßler: Die Rolle der Remigranten bei der Etablierung  
des marxistisch-leninistischen Herrschaftsdiskurses  
in den 'Gesellschaftswissenschaften' der SBZ/DDR 1945-1961**

Den zentralen Untersuchungsgegenstand bildet die Rolle von Remigranten bei der Etablierung des parteioffiziellen „marxistisch-leninistischen“ Diskurses in ausgewählten Disziplinen der „Gesellschaftswissenschaften“ der SBZ und DDR 1945-1961. Gefragt wird nach einem spezifischen, identifizierbaren Anteil von Remigranten in sowie der Art ihrer Beteiligung an diesem Diskurs. Diese Anteile und dieser Beitrag sollen mittels diskursanalytischer Methoden herausgearbeitet werden. Dabei wird nach den Remigranten gefragt als a) handelnde Gruppe, b) diskursive Gruppe, c) Gruppe mit einem eigenen Milieu, d) Gruppe mit einem spezifischen Code, der durch eine von anderen Gruppen abzugrenzenden rhetorischen und Schreibkultur sichtbar wurde.

Als Arbeitshypothese wird angenommen, daß sich in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende im Osten Deutschlands idealtypisch drei voneinander zu unterscheidende Diskurse in den „Gesellschaftswissenschaften“ herausbildeten:

1. ein parteiferner Diskurs der „bürgerlichen“ Wissenschaftler, die Wissenschaft von politischer Einflußnahme zu trennen suchten und an dem die Remigranten nicht teilnahmen. Dieser Diskurs diene als Folie, von der sich die beiden anderen Diskurse absetzten;
2. ein parteilicher Diskurs derjenigen Marxisten, die „Parteilichkeit“ mit wissenschaftlicher Arbeit vereinbaren, aber die Wissenschaften nicht aktuell-politischen Zwängen unterwerfen wollten;
3. ein parteischer Diskurs derjenigen sich als „Marxisten-Leninisten“ verstehenden Wissenschaftler, die die „Gesellschaftswissenschaften in den Dienst von Partei- und Staatsführung stellten und oftmals auch entsprechend wissenschaftspolitisch tätig wurden. Dieser Diskurs wurde als Herrschaftsdiskurs etabliert.

Es wird davon ausgegangen, daß die in die SBZ/DDR zurückkehrenden Geistes- und Sozialwissenschaftler in ihrer übergroßen Mehrheit marxistisch orientiert waren und somit am parteilichen und parteischen Diskurs teilnahmen. Gefragt wird nach den Leitbildern der Remigranten, die

ihre Teilnahme am jeweiligen Diskurs beeinflussen. Es wird untersucht, inwieweit Remigranten einen steuernden, fördernden und/oder hemmenden Anteil an der Formierung, Etablierung und Durchsetzung des Herrschaftsdiskurses hatten.

*Zitierte Literatur:*

Giesen, Bernhard: Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit, Frankfurt a.M. 1993.

Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1992.

Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 1993, H. 1, S. 5-14.